

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Ernst Bismack, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Willi Blumhagen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprecher: 416. — Belegpreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 3,75 Mk., monatlich 1,25 Mk. Bei den Postämtern vierteljährlich 3,45 Mk., monatlich 1,15 Mk. Bei den Postämtern halbjährlich 6,75 Mk., monatlich 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. Anzeigengebühr: die Tageszettel 25 Pf., Anzeigen von auswärts 35 Pf., im Restamt 25 Pf. Anzeigen-Nachzahlung geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfach-Nr. 5365 Berlin.

Nr. 62.

Magdeburg, Donnerstag den 14. März 1918.

29. Jahrgang.

Baltische Kronen.

Die Annexion Litauens und Kurlands, oder, wie man es wohl lieber hört, die „Selbständigmachung“ dieser Länder unter Anlehnung an Deutschland, steht vor der Vollendung.

Mit den Litauern ist man noch nicht ganz handeleins. Der litauische Landesrat hat um die Anerkennung der Selbständigkeit angefleht, hat jedoch die von Berlin geforderten Unterschriften seiner sämtlichen Mitglieder unter die gewünschten Militär-, Zoll-, Eisenbahn-, Münzkonventionen noch nicht vollständig erlangen können. Viel glatter geht aber die Geschichte in Kurland. Dort hat der Landesrat nicht nur allen gewünschten Konventionen zugestimmt, sondern auch seiner Begeisterung für die monarchische Staatsform Ausdruck gegeben und den Deutschen Kaiser gebeten, er wolle „allergnädigst geruhen, für sich und seine Nachfolger die Herzogskrone Kurlands geneigt anzunehmen“. Der kurländische Landesrat ist also dem litauischen um ein ganzes Stück voraus. Und man versteht diesen Unterschied ganz gut, wenn man die Zusammensetzung der beiden Landesräte betrachtet.

Der litauische Landesrat kann gewiß nicht als eine rechtmäßige Vertretung der Gesamtbevölkerung Litauens betrachtet werden. Immerhin ist er aus

Vertretern aller litauischen Parteien

zusammengesetzt. Der kurländische Landesrat bestand dagegen bis zum September vorigen Jahres nur aus den Vertretern der winzigen deutschen Minderheit. Diesen wurde dann eine gleiche Zahl von Letten zugegeben. Kann also von der einen Hälfte des Landesrats mit Bestimmtheit gesagt werden, daß sie das Gegenteil vom Willen der Bevölkerung repräsentiert, so wird man gegenüber der andern Hälfte, die ja auch nicht auf Grund eines demokratischen Wahlrechts gewählt ist, auch nicht das Vertrauen haben dürfen, daß sie das Sprachrohr der wirklichen Volkstimme sei. Schon die Einstimmigkeit, mit der sämtliche Beschlüsse des kurländischen Landesrats gefaßt werden, gibt zu denken. Eine bessere Regie würde dafür gesorgt haben, daß die entgegengesetzte Meinung wenigstens von einer kleinen Minderheit vertreten würde. Dann hätte man vielleicht den Eindruck erzielt, daß eine wirkliche Landesvertretung nach Erwägung des Für und Wider mit Mehrheit zu den gefaßten Beschlüssen gekommen sei. Aber daß ganz Kurland wirklich nichts anderes will, als

was die baltischen Barone wollen,

dieser Glaube wird der Welt nicht leicht beizubringen sein.

Als man noch an einen Erfolg der Brest-Litovker Verständigungsversuche glaubte, arbeitete die Reichstagsmehrheit einen Vorschlag aus, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker in einer den Russen annehmbaren Weise verwirklichen sollte. Danach wären in Litauen und in Kurland nach der militärischen Räumung auf Grund eines demokratischen Wahlrechts Parlamente zu wählen gewesen, die das letzte entscheidende Wort über die staatsrechtliche Stellung der Länder und ihr Verhältnis zu andern Staaten sprechen sollten. Auch dieser Plan scheint jetzt nebst so vielen andern in den Dreck hinabgetaucht zu sein. Ohne

viel demokratische Umstände soll das Angliederungsgeschäft mit den bestehenden Landesvertretungen gemacht werden, die doch nur Volksvertretungen

von des Oberbefehlshabers Gnaden

sind. Aber für jeden, der vom Geiste der Zeit einen Hauch verspürt hat, steht fest, daß man durch solche Verträge heutezuwege die Völker nicht mehr binden kann. Wollen Litauen und Kurland zu Deutschland, so müssen sie das in freien unbeeinflussten Abstimmungen selber sagen. Solange die Angliederung nicht durch solche Abstimmungen gedeckt ist, bleibt sie gewalttätige Besitzergreifung, aber dann soll man doch wenigstens den Mut haben, das Kind beim rechten Namen zu nennen, und soll nicht von Selbstbestimmungsrecht sprechen, wo keins vorhanden ist.

Wie denkt man sich die staatsrechtliche Stellung der „angegliederten“ Länder? Ihre Bewohner sollen deutschen Militärdienst leisten und deutsche Zölle zahlen. Werden sie aber auch auf die deutsche Militär- und Zollgesetzgebung Einfluß haben? Das können sie doch nur, wenn sie genau so wie das deutsche Volk ihre Vertreter in den Reichstag entsenden, und wenn sie wirklich selbständige Regierungen besitzen, die im Bundesrat vertreten sind! Andernfalls wird die Bevölkerung Gefehen unterworfen, an denen sie nicht mitgewirkt hat, sie wird also in ein Verhältnis der Sklaverei hinabgedrückt.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Völker Litauens und Kurlands zum Deutschen Reich kommen wollen, wenn man ihnen im Deutschen Reich nicht Gleichberechtigung gewährt. Und wollten sie es dennoch, nun dann, offen herausgesagt, wäre ihr Zuzug kein Gewinn. In Wirklichkeit freilich weiß heute niemand genau, was diese Völker wollen, und viel Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie nicht einmal als Gleichberechtigte in das Deutsche Reich eintreten wollen, geschweige denn als Hörige.

Die Sozialdemokratie hat oft und entschieden genug ihrer Meinung Ausdruck gegeben, daß an den Randvölkern des Ostens keine Gewalt geübt werden dürfe, daß sie nicht anders zum Deutschen Reich kommen dürften als durch ihren eignen freien Entschluß. Diese Auffassung der Sozialdemokratie hat unter den gegenwärtigen Umständen wenig Aussicht, durchzubringen. Und so bleibt uns weiter nichts übrig, als der Skaze die Schellen umzuhängen und zu sagen: Tut im Osten, was ihr für richtig haltet, und was wir für falsch halten, aber nicht hindern können. Nur redet um alles in der Welt kein Wort mehr vom Selbstbestimmungsrecht der Völker. Vielleicht ist das ein Ideal, für das unsre Zeit noch nicht reif ist. Aber mit dem, was jetzt im Osten geschieht, hat es gar nichts zu tun!

Klage aus Litauen.

Zur Leidensgeschichte des litauischen Landesrats wird von litauischer Seite dem „Vorwärts“ geschrieben:

Seit Anfang an hatte der Landesrat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Bevölkerung, die unter den harten

Kriegsverhältnissen sehr zu leiden hatte, erwartete viel von ihm. Aber es verging längere Zeit und die erhoffte Verbesserung kam nicht. Man wartete noch, aber wieder vergeblich. Die Enttäuschung im Lande wurde schrecklich, die bestehenden Zustände erschienen nach den enttäuschten Hoffnungen noch schwerer, fast unerträglich. Der Landesrat verlor das Vertrauen und seine Autorität im Lande. Seine Untätigkeit ist aber sehr einfach zu erklären. Die wirkliche Macht blieb in den Händen der Militärverwaltung. In dieser Erkenntnis und unter seiner Kraftlosigkeit da, wo es so viel zu tun gab, leidend, kam der Landesrat am 11. Dezember 1917 zu den ersten Verhandlungen mit der deutschen Verwaltung.

Die Richtlinien der Konferenz im Auge haltend und mit der besten Absicht, gute Nachbarbeziehungen mit Deutschland anzuknüpfen, welche für beide Länder von Vorteil wären, ohne der litauischen Unabhängigkeit zu schaden, hat der Landesrat am 11. Dezember 1917 seinen Entschluß gefaßt und die deutsche Regierung gebeten, die Unabhängigkeit des Landes zu erklären. Wieder wartete das ganze Land zusammen mit dem Landesrat auf die erwünschte und versprochene Entscheidung, eine Entscheidung, die so nahe zu sein schien.

Aber ein Monat verging und die Erklärung kam nicht. Der Landesrat begann die Verhandlungen von neuem, die unter dem unersättlichen Druck der litauischen Bevölkerung stattfanden und dem harten Druck der Verhältnisse kam es sogar zu einer Spaltung des Landesrats. Die Bitte um die Unabhängigkeitserklärung wurde am 26. Januar 1918 wiederholt, aber mit demselben Erfolg. Die dem Bischof von Samogitten während seines letzten Aufenthalts in Berlin gemachten Versprechungen schienen auch zu keinen Maßnahmen zu führen. Zur Verzweiflung gebracht und in dem Wunsch, die Ereignisse zu beschleunigen, hat der Landesrat am 26. Februar von neuem um die Anerkennung der litauischen Selbständigkeit. Jetzt erwarten die Litauer, daß die gerechte Bitte nicht abgelehnt, sondern ein schönes Beispiel dafür gegeben werden wird, wie Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker durchzuführen gedenkt.

Soweit die litauische Zukunft. Von anderer Seite wird jedoch behauptet, die deutsche Regierung mache die Anerkennung der Selbständigkeit davon abhängig, daß der litauische Landesrat sich einstimmig durch Unterschrift auf die Eingehung von Militär-, Zoll-, Eisenbahn- und Münzkonventionen verpflichte. Der Rat gehorhend, nicht dem eignen Trieb, und in der Hoffnung, damit eine Erleichterung der Verhältnisse im Lande herbeizuführen, sei der Landesrat bereit, auf die ihm auferlegten Bedingungen einzugehen.

Das wäre ungefähr ein Beispiel davon, wie „einstimmige“ Erklärungen zustande kommen können, die dann als „einmütiger Wille des Volkes“ Herzogskronen verscherten und um Aufnahme in den deutschen Verband betteln. Soffentlich redet die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag über diese Dinge endlich einmal —
Fraktur!

Die neuen Reichstagsfraktionen.

Deutscher Reichstag.

138. Sitzung.

Berlin, 12. März 1918, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Ballraf.

Das Haus erbt das Andenken an den verstorbenen Abg. Stolle (Unabh. Soz.), der dem Reichstag ununterbrochen seit 1881 angehört hat, durch Erheben von dem Sitze.

Anfragen.

Abg. Dr. Daxel (Soz.) befragt sich über die Forderung des Reichskommissars für die Kohlenversorgung, auf der Grundlage der Kohlenkontingente gegenüber der Abregung, eine Rationalisierung der Kohlenlieferung einzutreten zu lassen. „er bitte um Hilfe mit dem freien Handel“, und führt weiter Klage über die mangelhafte Kohlenversorgung der süddeutschen Städte, speziell Frankfurt a. M.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Der Reichskommissar für Kohlenversorgung hat sich keineswegs gegen die Rationalisierung der Kohlen, sondern nur gegen die öffentliche Ausrüstung gewandt. Der Hausbrand ist längst rationiert und soll

nach weiter rationiert bleiben. Für einen schrankenlosen freien Kohlenhandel hat der Reichskommissar sich nicht ausgesprochen, sondern nur seinen Gegenstand zur öffentlichen Bewusstheit festgestellt. Die jetzt schlecht versorgten süddeutschen Städte sollen künftig besser versorgt werden.

Abg. Geier (Unabh. Soz.) befragt sich über eine Verschärfung der Sorgenkur, da zur Ausfuhr bestimmte Zeitstrahlen schon 24 Stunden vor der Ausgabe im Original oder Umdruck eingereicht werden müssen.

Kaiser von der Berg: Eine Verschärfung der Sorgenkur ist nicht vorgeschlagen worden, es handelt sich hier um eine neue Regelung der Ausfuhr von Zeitstrahlen, die, im Interesse der Zeitstrahler selber liegen.

Abg. Schrey (Fortf. Sp.) fragt, ob der Wunsch der kleinen Landente, daß ihnen für das fehlende Viegeizende eine entsprechende Menge selbstgezeugter Getreide belassen werden möge, erfüllt werden könne.

Unterstaatssekretär v. Braun: Mit Rücksicht auf die besondern Verwendungsweide der Getreide ist es nicht möglich, diesen Wunsch der Getreide besitzenden Zeitstrahler zu erfüllen.

Abg. Wiltig (Soz.) lenkt die Aufmerksamkeit auf ein verfrägliches Schreiben des Reichsverbandes für Getreide- und

Staubenlieferung, nach dem die Reichsbevölkerung dem großen Range an Oberlieferung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen will, daß an Stelle der Befehlshaber den Detailgeschäften die Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Äugeln auferlegt ist, wobei ihnen gestattet sei, auf den Fakturen- oder Geschäftswert dieser Reichsbevölkerung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu erheben. Es bedeutet dies eine ungeheuerliche Verteuerung der Reichsbevölkerung für die minderbemittelte Bevölkerung.

Direktor im Reichswirtschaftsamt Müller: Das Schriftchen des genannten Verbandes entspricht nicht den Tatsachen. Der Fakturenzuschlag in Höhe von 50 Prozent hat der Verband beantragt, er ist ihm aber nicht bewilligt worden. In dieser Angelegenheit ist nur für Äugeln aus Stoffen, die noch aus Friedenszeiten stammen. Im übrigen sind die Preisoberungen des Verbandes sehr wesentlich herabgesetzt worden, und die Ware wird gewöhnlich der Preis festgesetzt wird.

Abg. Landel (Soz.) wünscht Abhilfe gegen eine Anwendung des Selbstbestimmenden Generalkommandos des 5. Armeebezirks, nach Bestimmungen des Gesetzes über den niederländischen Grenzschutz, die für den Handel mit Eisenwaren in den Jahren 14 bis 17 Jahren Anwendung finden sollen.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 13. März 1918.

Magdeburgs Badewesen.

Das Badewesen in unserer Stadt ist nicht vorbildlich. Nicht nur eine Reihe von Großstädten, sondern auch kleinere Städte übertreffen Magdeburg mit ihren Einrichtungen auf diesem Gebiet ganz wesentlich. Der Grund ist bekannt. In jenen bevorzugten Städten hat sich die Kommune des Badewesens mit all der Liebe angenommen, die man ihm entgegenbringen muß. Das ist in Magdeburg nicht geschehen. Hier ruhte der Badebetrieb zu einem erheblichen Teil in privaten Händen; die Stadt beschränkte sich darauf, billig oder kostenlos Wasser zu liefern und gelegentlich einen Zuschuß zu leisten, wenn die Aktionäre der Privatgesellschaft in Gefahr gerieten, nicht nur keine Dividende zu bekommen, sondern womöglich gar etwas von ihren Kapitalien zu verlieren.

Wirklich großzügig wurde die Sache von der privaten Gesellschaft nicht betrieben. Dazu war ihr Aktienkapital nicht groß genug. Neue Aktionäre aber und erhöhte Betriebsmittel fanden sich nicht, weil das Kapital sich wirklich schlecht verzinst. Ganze 2 Prozent Dividende sind im Durchschnitt jährlich ausgeschüttet worden während der 57 Jahre, seitdem das Unternehmen besteht. Das lockte neue Geldgeber nicht an. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln hat die Gesellschaft, das kann gern anerkannt werden, getan, was sie tun konnte. Ueberragendes war das aber, wie gesagt, nicht. Indessen beschied man sich dabei, und nur die Sozialdemokraten auf dem Rathhaus stellten wiederholt das Verlangen, daß großzügiger vorgegangen werden und die Stadt am besten den ganzen Badebetrieb in eigene Hand nehmen müßte. Mangelnde Rechnung kamen dann immer wieder und sagten, das würde viel, viel Geld kosten. Nicht die volksgesundheitliche Seite der Sache war für sie entscheidend, sondern die finanzielle.

Augenblicklich befinden wir uns nun wieder in einem kritischen Stadium mit unserm Badewesen. Die Bade- und Waschanstalt — das ist eben die private Gesellschaft — hat im letzten Jahr einen Fehlbetrag von mehr als 25 000 Mark zu verzeichnen gehabt und steht infolgedessen vor der Frage, ob sie den Betrieb aufgeben oder sich nach Hilfe umsehen soll. Sie hat natürlich das letztere getan und sich an die Stadt gewandt. Die Stadtverordneten-Versammlung verstärkte bekanntlich in ihrer letzten Sitzung bereits den Badeauschuss, damit er zu dem Verlangen der Gesellschaft Stellung nehme. Er hat das getan und sich sehr entgegenkommend gezeigt, so entgegenkommend, daß der Magistrat, wie man hört, den Beschlüssen nicht beigutreten vermochte. Das ist schließlich nur zu begreiflich. Denn: deckt die Stadt alljährlich die Fehlbeträge der Gesellschaft, garantiert sie ihren Aktionären eine bestimmte Verzinsung ihrer Gelder und gibt obendrein auch noch auf Kummerwiedersehen Betriebskapitalien hin — das alles wollte der Ausschuss tun! — so steht die Stadt binnen wenigen Jahren so viel Geld in das Geschäft hinein, daß sie es dafür auch heute schon übernehmen könnte und dann wenigstens Eigentümerin wäre, was sie im andern Falle nicht ist und nicht wird.

Am Donnerstag werden sich die Stadtverordneten wieder mit der Angelegenheit beschäftigen. Stimmen sie der magistratischen Auffassung zu, und das müssen sie tun, wollen sie das Interesse der Stadt wahren, so wird die Bade- und Waschanstalt sagen, daß sie dabei nicht bestehen könne. Dann entsteht für die Stadt die Frage der Übernahme der beiden Badeanstalten der Gesellschaft, des Wilhelmshabes und

Friedrichshabes. Wir sind überzeugt, daß sich verhältnismäßig leicht eine Einigung über die Verkaufsbedingungen erzielen läßt. Mit der Übernahme wäre dann endlich der längst erwünschte Zustand eingetreten, daß das ganze Badewesen Magdeburgs in der Verwaltung der Stadt ist. Auf dieser Grundlage ließe sich dann weiter bauen, damit unser Badewesen mit der Zeit auf eine Höhe kommt, die einer Großstadt vom Range Magdeburgs entspricht und würdig ist.

Die 31. monatliche Hausammlung

beginnt am Sonntag den 17. März. Direkte Eingehungen erbiten auf Postfachkonto Berlin 22345 oder an unsere Kasse, Kaiserstraße 64, von 10 bis 4 Uhr.

Der Unterausschuss zur Schaffung eines paritätischen Mietvertrags taute am Dienstag im Rathaus. Bürgermeister Schmiedel erklärte, es seien gegen ihn Vorwürfe erhoben, daß er die Sache verwickle, um den Hausbesitzern entgegenzukommen. Das sei aber nicht der Fall, er sei völlig objektiv und wolle weder die eine noch die andere Seite begünstigen oder benachteiligen. Daß über 4 Wochen verfloßen seien, ehe man wieder zusammengekommen sei, liege daran, daß sich die Unterlagen nicht haben früher beschaffen und die Druckkosten eher herstellen lassen, die jetzt vorliegen. Stadtverordneter Kolroy und Rechtsanwalt Zehle bedauerten diese Verzögerung. Letzterer hob hervor, daß die Sache immer kritischer werde, denn auch jetzt versuchen die Hausbesitzer noch, den Hausbesitzervertrag durchzuführen. Arbeitersekretär Krüger erklärte, daß er dafür wirke, daß die Kampfbauweise, die durch die Verhandlungen eingetreten ist, aufgehoben wird, denn diese Pause benutzten die Hausbesitzer dazu, den so heftig angefeindeten Mietvertrag am 1. April zur Einführung zu bringen.

Zur Art und Form der Mietzahlung wurde von den Mietervertretern erklärt, daß sie sich unter keinen Umständen darauf einlassen würden, die Mietzahlung zu trennen in der Weise, wie es der Hausbesitzervertrag vorsehe. Man einigte sich schließlich dahin, daß die Mietzahlung wie bisher zu leisten sei, und zwar in einem Pauschalbetrag. Nebenleistungen sollen im Vertrag schriftlich vereinbart werden. Heber die Vollziehung der Ehefrau, durch die herbeigezogen würde, daß insbesondere die Kriegsteilnehmer sehr benachteiligt würden, entspringt sich eine große Auseinandersetzung. Bürgermeister Schmiedel und Stadtrat Wende machen schwerwiegende juristische Bedenken gegen die Pflicht der Hausbesitzer geltend. Arbeitersekretär Krüger weist nach, daß durch die Bundesratsverordnung zum Schutze der Gläubiger auch jetzt schon der Wirt genügend geschützt sei, und daß es eine unbedingte Forderung sei, wenn dem Kriegsteilnehmer der Schutz des Gesetzes entzogen würde. Stadtverordneter Wilke will seinen Widerstand zunächst nicht aufgeben, aber schließlich kommt eine Einigung doch zustande, indem es bei der Bestimmung des alten Hausbesitzervertrags bleiben soll, der die Rechtsverhältnisse regelt für den Fall, daß beide Ehegatten gemietet haben. Bürgermeister Schmiedel stellt fest, daß damit ein sehr erheblicher Schritt vorwärts getan sei auf dem Wege der Verständigung.

Für Küstungarbeiter wurde am Montag abend im Stadttheater Leo Fall's „Kaiserin“ gegeben. Das Werk erzielte bei dem dichtbesetzten Hause lebhaften Beifall. Kassation und gelangliche Leistungen waren auf gewohnter Höhe. Fräulein Sedlmaier, August Geiser und Marie Mayer-Dobrich machten sich um die Aufführung besonders verdient.

Hausammlung des roten Kreuzes. Zu der am Sonntag den 17. März beginnenden monatlichen Hausammlung wird uns geschrieben: Leider ist wieder an mehreren Stellen besucht worden, mit gefährlichsten Büchern und Listen Beträge für das rote Kreuz einzuziehen. Immer wieder macht der Mobilmachung-Ausschuss vom roten Kreuz darauf aufmerksam, daß die Einziehung der Beträge ausnahmslos unter Vorlage des grauen Sammelbuchs mit dem roten Kreuz zu erfolgen hat, und daß anders aussehende Bücher, Listen und Zettel niemals von der Hausammlung ausgegeben werden. Es wird dringend gebeten, dem Geschäftszimmer mitzuteilen, wenn Eingehungsversuche ohne die bekannten von den Bezirksvorstehern beglaubigten Sammelbücher gemacht werden.

Schleichhandel mit Zuckerwaren. Beschlagnahmt wurden am Montag auf dem Güterbahnhof Diersleben durch die dortige Polizei 14 Kisten Zuckerwaren, wie sie zurzeit in der Diersleber Schokoladenfabrik hergestellt werden. Das Gewicht betrug 404 Pfund. Die Waren hatte der Händler Otto Uffe aus Magdeburg bei dortigen Kaufleuten aufgekauft oder durch Frauen aufkaufen lassen. Für diese Zuckerwaren, für welche die Diersleber Kaufleute 1,50 Mark pro Pfund zahlen, zahlte Uffe den Aufkäufern 2,60 Mark und außerdem eine Entschädigung für die Aufkäufer. In Magdeburg findet man schon zahlungsfähige Kunden, die jeden Preis bezahlen. Für die wohlhabenden Kunden der Schleichhändler sind Zuckerwaren zu haben, zu deren Herstellung Zucker gegeben wird. Viele Mütter haben aber nicht einmal so viel Zucker, um ihren kleinen Kindern das Süßchen süßen zu können.

Ihr war der Preis nicht hoch genug. Die Witwe Verla Bog zu Prester verkaufte im August 1917 3 Bentner Zuckerbrotchen und nahm für das Pfund 40 und 50 Pfg., obwohl der Höchstpreis nur 20 Pfg. betrug. Das Schöffengericht erkannte am 22. November wegen der Ueberschreitung auf 15 Mark Geldstrafe. Die Berufungskammer erhöhte diese auf 50 Mark.

Phosphorsäure in Limonade. Der Kaufmann Gustav Schiele von hier ist Leiter der Essenzfabrik von Richter, Wier u. Karay und legte dem hergestellten Grundstoff zu Limonaden verbotswidrig Phosphorsäure hinzu, die geeignet war, Nierenentzündungen hervorzurufen. Das Schöffengericht nahm nur Fahrlässigkeit an und erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

Gestohlen wurden in der Nacht zum 11. d. M. aus einem Keller am Langen Weg mehrere Gläser mit eingelegtem Fleisch, 50 Dosen Del- und andre Sardinen, mehrere Flaschen Rum und Weißwein; in der Nacht zum 12. d. M. aus einem Ladengeschäft in der Agnetenstraße mehrere Tüten Mehl, ein Teil Speck, Wurst und Butter; aus einem Stall an der Halberstädter Straße eine Ziege, die an Ort und Stelle abgeschlachtet worden ist; aus dem Schaufenster eines Geschäftshauses am Breiten Weg sieben verschiedenfarbige seidene Unterröcke, eine grüne und eine blaue seidene Goltjade, schwarzes wollenes Kostüm, drei verschiedenfarbige seidene Blusen, sechs Morgenröcke (Schleierstoff) und vier dunkle Taftunterröcke; aus einem weitem Schaufenster am Breiten Weg in der Nacht zum 13. d. M. zwölf verschiedenfarbige Schürzen.

Ermittelte Diebe. In einem Geschäft in der Bräunehirschstraße sind in letzter Zeit fortgesetzt Spiritusflaschen im Werte über 2000 Mark gestohlen worden. Als Diebe wurden zwei dort beschäftigte Arbeiter ermittelt, die die gestohlenen Sachen zum größten Teile verkauft haben. Einige Flaschen wurden noch in ihren Wohnungen vorgefunden.

Verhaftet wurden der mehrfach vorbestrafte Arbeiter Albert Timme von hier, der in der Nacht zum 10. d. M. in eine Wohnung am Fachsenberg durch ein Fenster eingestiegen ist und aus der Küche 18 Mark gestohlen hat; ein Ehepaar aus Leumsdorf, das in der Nacht zum 10. d. M. aus einem dort gelegenen Grundstück Geflügel gestohlen hat. Eine Ente und ein Saufedern wurden in der Wohnung vorgefunden.

Theater, Konzerte etc.

Stadttheater. Heute Donnerstag zum ersten Male „Barbara Schökin“. Freitag: „Die Iolan Augen“. Samstag: „Könige“, Sonntag vormittag 11 Uhr Festvorstellung der stellvertretenden Intendantin, abends 8 1/2 Uhr „Dithello“ (Oper).

Stadttheater. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß schriftliche Mitteilungsstellen erst nach Beendigung des Kassenerverkehrs, und zwar der Reihe des Eingangs nach, berücksichtigt werden können.

Walhalla-Theater. Das niederbayerische Volksstück „Lili Hanning“ kommt heute 7 1/2 Uhr zur Aufführung. Den Hohen Thedie Kröger spielt Direktor Klud.

Städtisches Orchester. Mittwoch, 20. März, abends 7 Uhr, Konzert im Zirkus. Leitung führt Kapellmeister Dr. Karl Schubert. Eintrittskarten bei Heinrichshofen, in den Vorverkaufsstellen, an der Abendkasse.

Kleine Chronik.

Explosion auf einer Zech

Auf Zech „Wollbank“ bei Effen erfolgte eine Schlagwetter-Explosion. Drei Arbeiter wurden getötet.

So wahr mir Gott helf!

Eine Bauerngeschichte aus dem Laumus von Fritz Nibel.

(A. Fortsetzung.)

(Schlußwort vertonen.)

Löbche wandte sich nach einem stillen Hause, dessen Torflügel eben von einem Knechte geschlossen wurden, und fragte den Mann, ob der Herr Hissenauer sich in der Wohnstube befindet. Auf die bejahende Antwort hin schritt der Alte durch die weite Torfahrt nach der an der hinteren Seite des Hauses befindlichen überdachten Freitreppe, auf deren Höhe sich ein großer Wolfspitz beim Erscheinen des Fremden bellend aufrichtete. Löbchen Stern mußte im Hause gut bekannt sein, denn auf ein beschwichtigendes Wort seinerseits verstummte sofort das Gebell, und schweißwedelnd sprang der Hund dem Besucher entgegen.

Der breite Hausflur, welcher auf die Freitreppe mündete, war schon von einer Petroleumlampe matt erleuchtet. Eben trat ein junges Mädchen aus einer der an beiden Seiten des Korridors befindlichen weißgestrichenen Türen und lud den späten Gast freundlich zum Näherreten in das Wohnzimmer ein, wo ein Mann in reiferen Jahren an dem großen Eschensisch saß und beim Scheine der von der Decke herabhängenden Lampe ins Lesen vertieft war. Beim Eintritt des Gastes richtete er langsam den Kopf empor und sagte mit leiser Stimme:

„So spät noch, Löbche? So hält's nit preßiert! Setz' Se sich! — Makhe, bring e Glas' Wei' un e bißche was zu esse for de Herr Stern! Du waacht schon!“

„Gott, mach' Se ka' Umstände!“ wehrte der Gast. „Werd' unfer Geschäft doch bald zu End sein! Wollt' ich nur bringe das Geld for die Frucht un wollt' de Herr Hissenauer noch emol froge wege dene zwaa Deckscher! Hab' ich den Rehger so weit gedrocht, daß er gewo' will zwannunzerzig Mark! — e Gebott — e schön Gebott! Was moanne Se, Herr Hissenauer?“

Dabei entnahm er einer aus seinem Rocke hervorgehenden Brieftasche eine Anzahl Banknoten, zählte sie ab

und schob sie dem gegenüberstehenden Hausherrn zu. Dieser zählte bedächtig nach, stand dann schweigend auf und ging mit langsamen Schritten nach dem in der Ecke stehenden eisernen Schrank, um das Geld wegzuschließen und die Quittung dafür zu holen. Schweigend legte er das Papier vor den Händler, der es nach kurzem Betrachten in die Brieftasche schob und dann erwartungsvoll die Mienen seines Gegenübers betrachtete.

„Es is mir nit ums Verlaase zu tun, Löbche! Die zwaa Dsche möcht' ich gern noch e Weil' behalte! Vielleicht könne mer später emol drüber rede!“

Es lag in der Sprechweise und in allen Bewegungen des Bauern etwas, was jeltam mit seinem Neußern kontrastierte. Wenn man die mächtige Gestalt mit den scharf geschnittenen Gesichtszügen betrachtete, so mußte man annehmen, daß der Mann von kurz angebundener, energischer Gemütsart sei — statt dessen lag über seinem ganzen Wesen wie auch in dem Tonfall seiner Stimme etwas Weiches, Sanftes. Dabei spielte um seine Lippen ein wohlwollender Zug, wie sich auch in dem Blicke der graublauen Augen die Ruhe eines abgeklärten Geistes ausdrückte. Und dennoch glomm in diesen Augen etwas wie ein Funken, der den Beobachter ahnen ließ, daß die scheinbare Ruhe dieses Mannes eine erkünstelte, von einem starken Willen erzeugte sei. Jedenfalls schien es nicht geraten, den Mann, trotz seines milden, etwas phlegmatischen Wesens, herauszufordern.

„Könne mer später davon rede!“ sagte Löbchen Stern, die letzte Bemerkung des Bauern bestätigend. „Woach' ich doch, daß es de Herr Hissenauer nit notwendig hot, zu verkaafel' Hab' nur gedocht — zwannunzerzig Mark is e Gebott — e schön Gebott for die Deckscher! Hab' ich doch gekauft die Dog' drüwe im Fessliche zwaa for neununddreißig — un e schöne War, aus eme gute Stall! Sinn noch mehr zu have! Warum auch nit? Wo' sollte die Bauere des Fütter herkriefe? Denkt mir's doch nit, daß des Hei zwaa Brovnenner (Brotanker Kaler) gelost hot! Un mit de Dickscher fiesht's auch, isohofel' uns! Die Karoffele! Is es kann do-geweje, daß mer acht halbe Mark besor' bezahle magt?“

Nur ein leichtes Kopfschütteln des Bauern beantwortete die Ausführungen des Händlers. Ruhig griff er nach der Flasche Wein, welche Malchen, seine Tochter, in dessen nebst einem Keller mit Brot, Butter und Eier auf den Tisch gestellt hatte, schenkte ein und, mit seinem Glase an das des Gastes anstoßend, forderte er diesen mit den Worten zum Trinken auf:

„Prost, Löbche, uff gut Gesundheit!“

„Prost, Herr Hissenauer!“ erwiderte der andre und nippte an seinem Glase. Darin machte er sich daran, ein Stück von dem runderbauchigen Brote zu schneiden, das selbe mit der goldgelben Butter zu schmieren und langsam mit einem Ei zu verzehren. Dabei plauderte er unaufhörlich.

„Recht have Sel' Uff gut Gesundheit! Is die Gesundheit doch mehr wert wie hunderttausend Mark. — Aber aa Krankheit gib't's, Herr Hissenauer — dodegege hilft' ka' Doktor un ka' Apetheker — des sein die Johrl' Un die haw' ich! Gott, wenn ich draa denk, wie lange ich schon in des Haus' som! An die fußig Johr sein's schon! E ganz klaaner Hub' is de Herr Hissenauer noch gewese! Hanne sid, schön erausgemacht — grad e Mann wie der Watter jelig! E richtiger Kausauer Bauer vom alte Schrot un Korn, der Kopp un Herz uff dem rechte Fleck hat! Do' hol's nit fehle könne, daß der Herr Hissenauer in allem so hoch komme is!“

„In meim ganze Leuwe hot Gottes Sege uff meiner Arweil' gernaht!“ versetzte Andreas Hissenauer mit einem Anflug von Galbung. „Ihm allans hab' ich zu dankel!“

„Allemol, allemol! (gewiß)“ bestätigte Löbchen mit dem Kopfe nickend. „E frommer Mann is auch merichens (meistens) en fleißiger Mann, un en fleißiger Mann summt zu was! — Aber de Fleiß tu's auch nit allans — es muß auch sonst alles klappe! Wenn ich denk, wie mancher schon trotz allem Abradern zugrunde gange is — Kausauer Unglück, all die Rot un das Glend — wer kann do besor' E Glud' muß der Mensch have im Leuwe — funst geht alles zugrund!“

(Schlußwort folgt.)

Provinz und Umgegend.

Wahlkreis Wanzleben.

Hohenbodelern, 13. März. (Gemeindevertreter-Wahl.) Am Sonntag den 16. März, abends 6 Uhr, findet im Gemeindefestsaal die Ergänzungswahl eines Gemeindevertreters der dritten Klasse statt. Für die Wähler der dritten Klasse ist es von großer Wichtigkeit, daß wieder ein Arbeiter im Gemeindefestsaal Sitz und Stimme erhält, um dort die Rechte der Arbeiter wahrnehmen zu können. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß alle Wähler der dritten Klasse pünktlich zur Wahl erscheinen und dem Kandidaten der Arbeiterklasse ihre Stimme geben.

Wahlkreis Serchow I und 2.

Sarg, 13. März. (Kriegsbeschädigten-Versammlung.) Die am 10. März im Chemnitzschen Lokal stattgefundene Versammlung der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer war zahlreich besucht von hiesigen wie auch auswärtigen Kameraden. Ammerl Engelbrecht (Berlin-Weigensee) wies in einem fast zweistündigen Referat insbesondere darauf hin, daß es unbedingt notwendig ist, daß sich alle Kriegsbeschädigten eng zusammen schließen, um ihr gutes Recht wahrnehmen zu können. Auch erwähnte er u. a. die Verluste der Soldaten mit der Vaterlandspartei, die so empfindend gegen Kriegsbeschädigte gehandelt hat. Es ist nur zu bedauern, daß nicht alle Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer von Sarg und Umgegend die trefflichen Ausführungen des Redners hörten. Der Aufforderung sich dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer anzuschließen, kamen fast alle Anwesenden nach.

(Hohe Holzpreise.) Im „Kongresshaus“ fand eine Preissteigerung von Bauholzpreisen aus der Stadtfort stattf. Die bereits erwähnte Lage für heimliche Händler betrug 14 000 Mark. Bei der Versteigerung wurden jedoch 21 000 Mark erzielt.

Seitz, 13. März. (Brotgetreide verführt.) Der Landwirt Gustav Bäcker in Gütermühle ist wegen Veruntreuung von Brotgetreide zu einer Geldstrafe von 200 Mark oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Wahlkreis Osterleben-Halberstadt-Bernitzgerode.

Halberstadt, 13. März. (Brennstoffversorgung 1913/14.) Die Versorgung derjenigen Haushaltungen, welche für die neue Heizperiode ihren Bedarf schon teilweise zu beziehen beabsichtigen, sowie der Zentralheizungen erfolgt auf Grund von Kundenlisten. Haushaltungen, welche ihren Brennstoffbedarf in einzelnen Zentnern beziehen, erhalten, wie bisher, Aufträge, deren Abgabetermin noch bekanntzugeben werden. Eine Erhöhung dieser Zentnerzahl in die Kundenliste findet daher nicht statt. Ferner haben sich nicht eingetragen: Gewerbetreibende, deren Heizperiode wieder auf Bezugsschein erfolgt. Verbraucher, welche Kosten für gewerbliche Zwecke und Hausbrand bestritten, wie Gastwirtschaften, Konditoreien, Gastwirtschaften und andere, haben nur ihren Hausbrandbedarf anzumelden. Die Kundenlisten liegen in der Zeit vom 12 bis 27. März bei den Kohlenhandlungen, dem Gewerke, dem Bauamt und dem Eisenbahnamt aus. Die Eintragung erfolgt kostenfrei nach der bestmöglichen Eintragung. Jeder Verbraucher hat sich bei dem Kohlenhändler zu zeigen, von dem er zu beziehen wünscht. Doppelregistrierungen sind unzulässig und haben zur Einstellung der Lieferungen für Folge. Als Bedenkzeit ist nur der mittlere gewöhnliche Jahresverbrauch anzugeben. Ueberlieferungen sind kostenlos, da eine Nachprüfung auf Grund der vorhandenen Unterlagen notwendig ist. Die Eintragung erfolgt nicht nach der Höhe des angegebenen Bedarfs, diese Angaben dienen lediglich statistischen Zwecken.

(Grubelotsverkauf.) Selbstlos erfolgt für die Verkaufsstelle 19 und 20 zwischen 8001 bis 8000 in den Verkaufsstellen im Domplatz, Markt, Markt, Markt, Markt, Markt und Markt. Einzelne Verkaufsstellen der 17. und 18. Reihe werden mit Ablauf des 15. März für Gültig.

Bernitzgerode, 13. März. (Freigeisprachen) auch, wie in der Vergangenheit nicht, durch den Kriegseinbruch in Richtung der Stadt Hülfe, der sich der, der Güterbesitzer der Stadt hier mit dem er in Erfahrung bracht, verweigert haben sollte, zu erklären. Die Freigeisprache erfolgt, weil der Staat der einzige Träger des Schadens, der durch den Kriegseinbruch entstanden ist.

Wahlkreis Halbe-Osterleben.

Osterleben, 13. März. (Die Zahlung der Kriegszuschüsse.) Am 14. und 15. März im Stadtsaal in Osterleben. Am 14. März, abends 8 Uhr, 1 bis 300, jede folgende Stunde bis 12 Uhr, 300 bis 600; am 15. März, abends 8 Uhr, 1501 bis 2100, jede folgende Stunde bis 2 Uhr, 2101 bis 3000. Es ist zu beachten, daß nach 2 Uhr keine Zahlung mehr stattfindet.

(Kartoffelzulage.) Die Kartoffelzulage kann — wenn bei hiesigen Kartoffelproduzenten — auch bei hiesigen Kaufleuten erhalten. Bezugsschein gegen Vorlage der Kartoffelkarte in der Stadt.

(Geistlich-Berliner) bei Berlin. Jeder den Betrag von 50 bis 100 Mark. Jede Einheit 50 Centen zu 25 bis 100 Mark. Papier mitbringen.

Quedlinburg, 13. März. (Bezirksrat.) Am Sonntag den 13. März fand die Sitzung des Bezirksrates statt. Kollege Gutb hat über die ihm unterstellte Aufgabe berichtet. Jeder war es nicht immer möglich zu helfen, da manchmal die gesetzlichen Bestimmungen fehlen. In der anschließenden Aussprache wurde von den Kollegen Wagner und Schweinefuß auf die große Bedeutung der Arbeiterfrage hingewiesen und betont, daß es unbedingt notwendig ist, in der Organisation der Gewerkschaften und bei Regierungen auf diese Organisation hinzuwirken. Der Bezirksrat hat beschlossen, Kollege Gutb, möchte es den Delegierten zur Pflicht, bei der Verhandlung insbesondere auf die Arbeiterfrage und ihre Bedeutung hinzuwirken. Die Arbeiterfrage ist im Gewerkschaftsbund des Landes und kann zum jetzigen Zeitpunkt in der Provinz gewonnen werden. Kollege Schweinefuß behandelte ferner die Ernährungsverhältnisse, wobei er die unzureichende Versorgung und Verteilung der Lebensmittel sowie die Mangel an Brotgetreide hervorhob. Bedauerlich ist, daß auch die Nationalität nicht auf die Arbeiterfrage oder Gewerkschaften geht. In den Gewerkschaften sind gewisse Maßnahmen zu ergreifen, die auch durch die Gewerkschaften nicht herbeigeführt werden können. Wenn es sich herausstellt, daß es sich um

Gerichte kein Petroleum wieder geben solle, da müßten doch die Stadt- und Landkreisverwaltungen alles versuchen, um Petroleum zu bekommen. Kollege Gutb hat es erst vieler Mühe bedurft, um eine gerechte Verteilung vorzunehmen. Vorher wurden die Waren willkürlich an die Händler verteilt, und ausgerechnet erhielten die allerärmsten die Waren, die ihrer Natur nach — zum Beispiel Mühlenmehl — gar nicht von diesen in der erforderlichen Weise verteilt werden konnten, wodurch die Käufer gezwungen waren, oft hunderten vor den Türen zu stehen. Durch die Einführung der Lebensmittelkarte ist es besser geworden, wenn es auch mit einer gewissen Unannehmlichkeit verbunden ist, indem auch der Käufer bei einer Ware zwei Wege habe. Es könnte in der Ernährungsfrage wohl noch manches besser sein. Dazu sei aber notwendig, daß die Arbeiter ihre Klagen auch an den richtigen Stellen anbringen. Die einzelnen Kommissionsmitglieder können nicht alles wissen. Kollege Schweinefuß behandelte dann die Ernährungsverhältnisse in Quedlinburg. Dort sei von Anfang an das Bestreben vorhanden gewesen, ein gutes Verhältnis zwischen Behörde und Publikum herzustellen. Die zu den einzelnen Kommissionsmitgliedern hinzugezogenen Genossen haben immer ein williges Ohr gefunden und manches ist nach ihren Anregungen geschaffen. Aber nicht allein die Ernährungsfrage erfordert Beachtung, ein ebenso wichtiges Gebiet sei die Wohnungsfrage. Während des Krieges hat die Bautätigkeit ganz besonders an kleinen Wohnungen bemerkbar machen. Da ist es die Aufgabe der Gemeindeverwaltungen, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen und dabei auch die Arbeiter zu Worte kommen zu lassen. In Quedlinburg will man jetzt mit dem Bau von Kleinstwohnungen beginnen, soweit es eben unter den heutigen Verhältnissen möglich ist. In den städtischen Parks ist Kollege Gutb ebenfalls tätig. Nach einer sehr eingehenden Aussprache gelangte folgende Entscheidung zur Annahme, die der Stadt- und Kreisverwaltung unterbreitet werden soll: Die am 10. März im „Kaiser Friedrich“ tagende Sitzung des Bezirksrates, welche von sämtlichen Gewerkschaften besucht ist, nimmt Kenntnis von der starken Unzufriedenheit der in ihren Gewerkschaften organisierten Mitglieder in bezug auf die knappe Verwendung von Lebensmitteln. Die Verwaltungen erklären, daß die Arbeiterfrage stets gewillt ist, in der Heimatarmee ihrer Pflicht zu tun zur Erhaltung der Volkseinheit, müssen aber um so nachdrücklicher auf die Zulassung von Lebensmitteln drängen, denn ohnedem wird es nicht möglich sein, den gestellten Anforderungen an die Arbeitskraft gerecht zu werden. Auch in der Petroleumversorgung muß etwas geschehen, damit die in der Dunkelheit zur Arbeit Gehenden und von der Arbeit Kommenden wenigstens etwas Beleuchtung haben. Die Sitzung erwartet, daß es den Behörden gelingt, in beiden Fällen rechtliche Anwendungen zu machen. In der nächsten Sitzung soll wieder ein sozialpolitischer Vortrag gehalten werden, ebenso ein Vortrag über die Volkserziehung.

Stahlfeld, 13. März. (Eine öffentliche Versammlung der Kriegsbeschädigten) war zum Sonntag nachmittag von der Ortsgruppe Stahlfeld-Bezirksrat des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer einberufen. Leider war sie von den Interessierten nicht so gut besucht, wie das zu erwarten gewesen wäre. Aber trotzdem nahm sie einen höchst interessanten und gewinnreichen Verlauf, nach demjenigen, die dabei teilgenommen haben, dürfte es bedauern, daß sie der Einladung nicht gefolgt sind. Zunächst ist hervorzuheben, daß die Versammlung von drei Vertretern der Fürsorgestelle in Leopoldshall, den Herren Bürgermeister Egger, Pastor Baumeder und Pastor Probst besucht war, daß aber von der Stahlfelder Fürsorgestelle niemand erschienen war. Arbeiterreferat Kollege Probst (Magdeburg) sprach in großartiger Auffassung und geistigt auf den reichen Schatz seiner Erfahrungen als Arbeiterreferat und Kriegsbeschädigter hinsichtlich über die unzureichende Lage der Kriegsbeschädigten und die hohen Ziele des Bundes. Er ging dann auf die teilnehmenden Mitglieder über, die er früher den Verwandten entgegengebracht habe, und abschließend sei, daß der Kriegseinsatz nicht daran hindere, in Folge seiner Verantwortung ein gutes Leben ohne Arbeit zu führen, sondern daß jeder Mensch sei, ein nützliches Mitglied der Gesellschaft zu werden. Alledings müßte er entsprechend seiner besonderen Erwerbsfähigkeit entschädigt werden. Dazu, welche die gesetzlichen Bestimmungen, wie sie jetzt bestehen, nicht aus, zumal der Wert des Geldes so bedeutend gesunken sei. Er verlangte den gesetzlichen Anspruch, nicht die Möglichkeit von der privaten Beschäftigung. Auch das Recht auf Arbeit müsse er beanspruchen. Wenn er auch jetzt noch einigemmaßen Beschäftigung finde, so werde sich das ändern, wenn die Demobilisierung große Arbeitermassen in das gewerbliche Leben zurückbringe. Für die geleistete Arbeit müssen die Kriegsbeschädigten nach ihrem vollen Werte bezahlt werden, aber leider werden sie jetzt schon unter Hinweis auf ihre Rente als Landarbeiter bezahlt. Hiergegen anzukämpfen, sei in erster Linie Sache der Gewerkschaften, für die der Bund kein Ersatz sein solle. Gewerkschaften wollen der Staat eine Vereinfachung von Kriegsverordnungen im alten Sinne sein. Aber wir wollen völlige politische Gleichberechtigung. Wie der einzelne kann diese Gleichberechtigung anstreben, sei seine Sache, der Staat sei parteipolitisch nie möglich völlig neutral.

Da Arbeiter in jenem Vortrag auch befragt wurde, daß die Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte ihre Aufgaben infolge ihrer unzureichenden Zusammensetzung nur sehr unvollkommen zu erfüllen vermögen, wies Bürgermeister Egger in der Diskussion darauf hin, daß die Leopoldshaller Fürsorgestelle die Versorgung der Kriegsbeschädigten bewahren im Versuch genommen habe. Er erklärte sich mit dem Recht auf Arbeit einverstanden und betonte, daß sich in der Hauptfrage über die wirtschaftlichen Aufgaben der Fürsorgestellen.

Pastor Baumeder lobte besonders die christlichen Zwecke des Bundes, mit denen er besonders sympathisiert und wie in der Organisation der Kriegsbeschädigten. Der Vortragende habe den Krieg richtig eingeschätzt. Er selbst könne jede Beherrschung und den Gedanken der Rückständigkeit vom Krieg ab. Der Krieg sei nicht ein Naturereignis, wie manche fälschlich meinen, sondern Menschenwerk. Er anerkennt die Pflicht des Staates zur unbedingten Versorgung der Kriegsbeschädigten, aber die private Verantwortlichkeit könne doch auch nicht wagen. Mit dem Recht auf Arbeit sei auch er einverstanden, die Leopoldshaller Fürsorgestelle werde ihr Bestes tun.

Pastor Probst sprach sich ebenfalls zugunsten der vollständigen Beschäftigung als Ergänzung der staatlichen Versorgung

und gegen die Verwendung der Kriegsbeschädigten als Wohnbrüder aus. Ein Kamerad stellte fest, daß der von der Ortsgruppe beim Stahlfelder Magistrat gestellte Antrag auf Zuziehung von Kriegsbeschädigten zur Fürsorge ohne Angabe von Gründen abgelehnt sei. In seinem Schlusswort betonte Krüger, daß die christliche Bredde des Bundes nur durch politische Betätigung nicht des Bundes selbst, sondern seiner einzelnen Mitglieder zu erreichen seien. Auch er halte die private Beschäftigung nicht für überflüssig, sie könne eine passende Ergänzung in individueller Richtung für die immerhin schablonenhafte Versorgung des Staates bilden. Nun kam es noch zu einer lebhaften Aussprache wegen einer an der Leopoldshaller Fürsorgestelle geübten Kritik, als deren notwendige Folge Pastor Baumeder wie auch Krüger die Zuziehung von Kriegsbeschädigten zur Fürsorge ansahen. Auch eine Anfrage des Pastors Probst wegen des Rechtes auf Arbeit beantwortete Krüger, und damit fand die sehr anregende berufene Versammlung ihren Abschluß.

(Auf der Reise beobachtet.) Eine hiesige Handelsfrau fuhr dieser Tage mit ihrem Reisekoffer der 15. Leidene Blumen enthielt mit dem Frühling von hier nach der Altmärk. Unterwegs ließ sie sich mit einem Mann in ein Gespräch ein und plauderte unvorsichtigerweise auch von den kostbaren Waren, die der Koffer enthielt. Kurz nach dem Passieren der Station Tangerhütte vermisste die Frau ihren Reisekoffer. Der gesprächige Mitreisende hatte auf der Station den Zug verlassen. Die Frau fuhr nach Tangerhütte zurück und entdeckte auch wirklich ihren Reisekoffer im Wartesaal. Es kam nun heraus, daß der Reisekoffer den Koffer an einen Freund nach Magdeburg gefaßt habe, dort fand man den Koffer auf dem Bahnhof. Das Zanderregister des Diebes verlängerte sich bei der Verlesunteruchung: sechs gestohlene Hühner und eine Bruchlange wurden bei ihm gefunden.

Wahlkreis Stendal-Osterburg.

Seehausen, 13. März. (Der Viehaufläufer als Geheimnisklächer.) Die gerichtlichen Untersuchungen über die hier festgestellten Geheimnisklächerungen haben dazu geführt, daß der gesetzlich bestimmte Viehaufläufer O., der als Haupt der Geheimnisklächer angesehen wird, festgenommen worden ist.

Stendal, 13. März. (Wiltch bezug für kranke Personen.) Kranke Personen erhalten nach Ablauf der Frist für die ihnen Milch bewilligt ist, Milch auf Grund ärztlicher Atteste. Wenn der Bezug von Milch noch über den 31. März hinaus für unbedingt nötig gehalten wird und nur bis dahin Milch bewilligt ist, müssen von neuem ärztliche Atteste eingereicht und bis zum 25. März vorgelegt werden.

(Selbstmord.) Seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht hat der hier allbekannte Händler Karl Dehme. Langanhaltende Krankheit dürfte der Grund sein.

(Herzinge) gelangen auf Lebensmittelkarte 61 in den Geschäften in denen sie auf Karte 60 bestellt sind, vom 13. März an zum Verkauf.

(Grubelotsverkauf) auf Abschnitt 11 findet am 13. und 14. d. M. bei Behrens (Rathenower Straße), Redling (Brüderstraße), Mathies, Moritz und Leopold (Höhe) statt.

Zangermünde, 13. März. (Gefährliches Spiel.) In der Bahnhofstraße beschäftigten sich mehrere Knaben mit einer Sprengpatrone, die schließlich mittels Streichhölzchen zur Entzündung gebracht wurde. Unter gewaltigem Knall entlud sich die Sprengmasse und rief dem 10jährigen Paul Garz vier Finger der linken Hand ab, fügte ihm nicht unerhebliche Verletzungen im Gesicht und an der Brust zu und dem gleichaltrigen Sohne des Postbeamten Brand Armverletzungen. Ein etwas abseits stehender Spielkamerad kam glimpflich davon. Die Knaben wollen die Patrone gefunden haben.

Bereins-Kalender.

Zentralverband der Machtkünste und Setzer, Zahlr. Magdeburg, Sonntag, 17. März, nach 8 Uhr. Mitgliederversammlung, H. H. Stephansbrücke 5. Neuhäuser Gejangverein (Damenchor). Sonntag nachmittag 5 Uhr. Versammlung bei Frau, Höhe Straße 27. 814. Leudsdorf. Sozialdemokratischer Verein. Sonntag den 17. März, nachmittags 3/4 Uhr. Mitgliederversammlung bei Cajar, Meinstädter Straße.

Wettervorhersage.

Donnerstag den 14. März: Keine Witterungsänderung.

Gewinnansatz der 11. Preussisch-Süddeutschen (237. Königlich Preussischen) Klassenlotterie 3. Klasse 1. Ziehungstag 12. März 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zahl gleicher Nummer in den beiden Reihenungen 1 und 11

(Ohne Gewähr u. St. u. f. d.)	(Nachdruck verboten)
In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 144 Mtl. gezogen: 2 Gewinne zu 10 000 Mtl. 218485	
2 Gewinne zu 6000 Mtl. 182848	
4 Gewinne zu 3000 Mtl. 84683 188532	
12 Gewinne zu 1000 Mtl. 23337 42234 58974 124573 182373 215177	
12 Gewinne zu 500 Mtl. 78006 136017 146634 168867 117960 216677	
24 Gewinne zu 400 Mtl. 1727 6948 15258 44208 73667 77388 96058 125028 162831 193755 194351 221722	
80 Gewinne zu 300 Mtl. 14073 18604 21028 21000 21196 21284 24153 31561 33333 85371 41366 47281 60168 70093 73639 76412 84029 89286 92773 92993 93834 97662 100669 101297 104134 106596 118287 131183 153813 156895 157707 167207 171947 173000 178287 191028 194483 195388 214724 222887	

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 144 Mtl. gezogen: 2 Gewinne zu 30 000 Mtl. 68116

4 Gewinne zu 1000 Mtl. 107269 144252

16 Gewinne zu 500 Mtl. 2500 36469 71287 83406 94790 157679 167857 215784

20 Gewinne zu 400 Mtl. 1053 8224 82027 32084 40671 62987 77986 116163 122148 135560 152746 156377 169862 193369 208423

82 Gewinne zu 300 Mtl. 4820 7834 12928 14241 30714 36470 42574 52479 55436 78701 75043 78638 88329 91048 100940 108389 108680 113380 114784 182576 143608 146088 149540 153112 171150 196321 208957 214537 216833 220660 222167

Magdeburger Abfallsammlung! Große Mönchstraße 13 — Fernruf 2094.

Ansammlungen 10 bis 12 und 3 bis 5 Uhr. Sonntags geschlossen.

Speisezimmer — Herrenzimmer — Schlafzimmer — Küchen

714

H. Schiele

Beste Möbel werden bis zur Abnahme frei gelagert!

Jacobstraße 1.